

Schaft, Wolfgang

Article — Digitized Version

Konjunktur-Schlaglicht: sinkende Steuerquote

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schaft, Wolfgang (2000) : Konjunktur-Schlaglicht: sinkende Steuerquote, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 80, Iss. 6, pp. 375-376

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40576>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunktur-Schlaglicht: Sinkende Steuerquote

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat im Mai eine neue Schätzung der zu erwartenden Steuereinnahmen vorgelegt¹. Danach ist in Deutschland für die Jahre 2000 bis 2004 mit einem höheren Steueraufkommen zu rechnen, als bei der letzten Steuerschätzung im November bzw. Mai vergangenen Jahres prognostiziert. Die Gründe dafür sind eine günstigere konjunkturelle Entwicklung als damals unterstellt und zwischenzeitlich in Kraft getretene Steuerrechtsänderungen. Die Steuerrechtsänderungen beinhalten sowohl Steuererhöhungen als auch -entlastungen. Aus

und der Unternehmenssteuern ist dabei nicht berücksichtigt, da sie noch nicht rechtswirksam ist.

Für das Jahr 2000 geht der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ nunmehr von einem Steueraufkommen von 911 Mrd. DM aus. Das sind 4,2 Mrd. DM mehr als noch bei der letzten Kurzfrist-Steuerschätzung im November 1999 erwartet wurde; ohne die damals noch nicht berücksichtigten Steuerrechtsänderungen betrüge die Schätzabweichung 5,1 Mrd. DM. Ausschlaggebend dafür ist die günstige Konjunktur. Gleichwohl wird das Steueraufkommen in diesem

Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ Mai 1999 bis Mai 2000*

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Mai 1999							
Steuern insgesamt (Mrd. DM)	833,0	876,8	904,4	936,2	956,4	997,3	-
Zuwachsrate in %		5,3	3,1	3,5	2,2	4,3	-
Steuerquote (in % des nominalen BIP)		22,7	22,6	22,5	22,2	22,3	-
Gesamtwirtschaftliche Eckwerte (Zuwachsraten in %)	nachrichtlich	in Mrd. DM:					
Bruttoinlandsprodukt nominal (BIP)	3758,1	3	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	-
Bruttolohn- und -gehaltssumme	1543,6	3 1/2	3	3	3	3	-
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen	900,4	1 1/2	6	5 1/2	5 1/2	5 1/2	-
November 1999							
Steuern insgesamt (Mrd. DM)	833,0	883,6	907,3	-	-	-	-
Zuwachsrate in %		6,1	2,7	-	-	-	-
Abweichung gegenüber Mai 1999 in Mrd. DM		6,8	3,0	-	-	-	-
Steuerquote (in % des nominalen BIP)		22,8	22,6	-	-	-	-
Gesamtwirtschaftliche Eckwerte (Zuwachsraten in %)	nachrichtlich	in Mrd. DM:					
Bruttoinlandsprodukt nominal (BIP)	3784,2	2 1/2	3 1/2	-	-	-	-
Bruttolohn- und -gehaltssumme	1607,3	3	2 1/2	-	-	-	-
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen	821,4	1 1/2	6 1/2	-	-	-	-
Mai 2000							
Steuern insgesamt (Mrd. DM)	833,0	886,1	911,5	941,1	967,9	1018,3	1070,7
Zuwachsrate in %		6,4	2,9	3,2	2,8	5,2	5,1
Abweichung gegenüber Nov. bzw. - ab 2001 - Mai 1999 in Mrd. DM			4,2	4,9	11,5	21,0	-
darunter: Steuerrechtsänderungen (in Mrd. DM)			-0,9	2,0	7,3	14,0	-
Steuerquote (in % des nominalen BIP)		22,9	22,8	22,5	22,3	22,5	22,8
Gesamtwirtschaftliche Eckwerte (Zuwachsraten in %)	nachrichtlich	in Mrd. DM:					
Bruttoinlandsprodukt nominal (BIP)	3784,2	2 1/2	3 1/2	4 1/4	4	4	4
Bruttolohn- und -gehaltssumme	1607,3	2,1	2 1/2	3	3	3	3
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen	821,4	-0,3	5 1/2	6	7	7	7

* Im November werden die Steuereinnahmen üblicherweise nur für das laufende und das folgende Jahr geschätzt.

der weiteren stufenweisen Anhebung der Steuersätze auf Mineralöl und Strom im Rahmen der Fortführung der ökologischen Steuerreform ergeben sich in diesem Jahr Mehreinnahmen von 5 Mrd. DM; bis zum Jahre 2004 werden es 21 1/2 Mrd. DM sein. Dagegen führen die Verbesserung der Familienförderung (in Zusammenhang mit der Anhebung des Kindergeldes) und das sogenannte Steuerbereinigungsgesetz 1999 zu jährlichen Mindereinnahmen zwischen 6 1/2 und 9 Mrd. DM. Per Saldo ist aufgrund der Steuerrechtsänderungen dieses Jahr mit Steuerausfällen von knapp 1 Mrd. DM, in den Jahren 2001 bis 2004 mit Steuermehreinnahmen von 2 bis 14 Mrd. DM zu rechnen. Die für 2001 geplante Reform des Einkommensteuertarifs

Jahr weniger stark steigen als das nominale Bruttoinlandsprodukt, so daß die Steuerquote sinken wird. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Unternehmen bei der Veranlagung der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer in den Jahren 1998 und 1999 wegen zu geringer Vorauszahlungen in den vorangegangenen Jahren hohe Nachzahlungen leisten mußten, die nun entfallen. Hinzu kommt, daß in Zusammenhang mit den Zahlungen der deutschen Unternehmen in den Zwangsarbeiter-Entschädigungsfonds mit Steuerausfällen bei der Körperschaft- und der Gewerbesteuer zu rechnen ist; über eine Anpassung der Vorauszahlungen wird sich das schon in diesem Jahr bemerkbar machen. Auch wird das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag rückläufig sein, denn in den beiden Vorjahren hatten sich hier infolge hoher Dividendenausschüttungen Mehreinnahmen ergeben. Schließlich kam es bei der

¹ Die Schätzungen des Arbeitskreises gehen in der Regel vom Status quo - d.h. vom geltenden Steuerrecht - aus. Sie erfolgen auf der Grundlage von Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die von der Bundesregierung vorgegeben werden.

Grunderwerbsteuer infolge einer Verkürzung der Spekulationsfrist 1999 zu Vorzieheffekten mit entsprechenden Reaktionen in diesem Jahr.

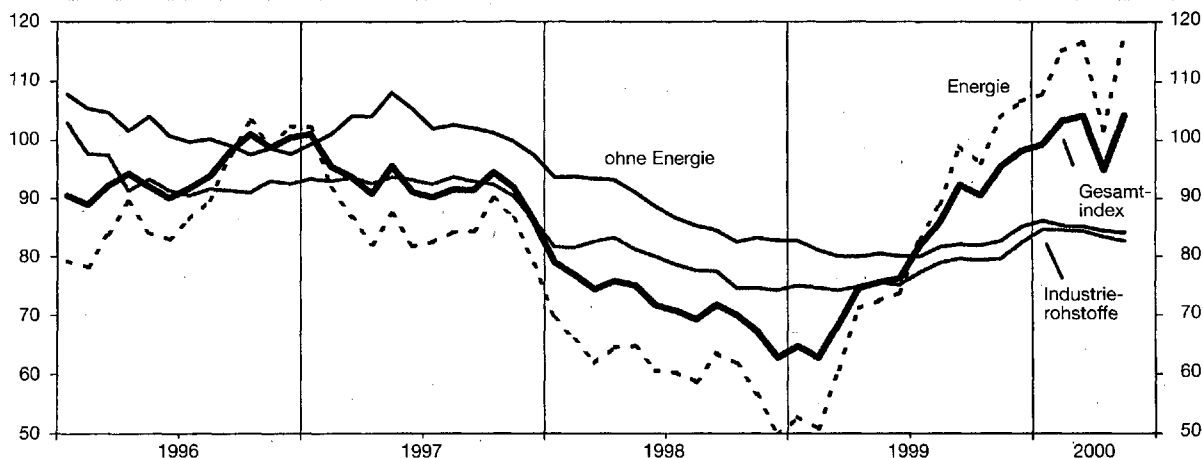
In den Jahren 2001 und 2002 wird das Steueraufkommen nach Einschätzung des Arbeitskreises weiterhin schwächer expandieren als das nominale Bruttoinlandsprodukt, so daß die gesamtwirtschaftliche Steuerquote weiter sinken wird. Dazu trägt auch die konjunkturbedingte Abschwächung der Gewinnentwicklung im Jahre 1999 bei, die sich mit Verzögerung auf die Veranlagungssteuern auswirkt. Gegenüber der letzten mittelfristigen Schätzung vom Mai 1999 ergeben sich für die Jahre 2001 bis 2003 Steuererhöhungen von 5 bis 21 Mrd. DM. Sie resultieren zum Teil daraus, daß die Bundesregierung das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen nunmehr höher als bisher einschätzt. Ein erheblicher Teil geht aber auf das Konto der seither erfolgten Steuerrechtsänderungen.

Nicht berücksichtigt sind bei alledem mögliche Steuerausfälle in Zusammenhang mit der im Juli an-

stehenden Versteigerung von 6 UMTS-Mobilfunklizenzen. Sie bringt dem Staat zwar auf der einen Seite – einmalig – erhebliche zusätzliche Einnahmen, die auf 100 bis 120 Mrd. DM geschätzt werden. Auf der anderen Seite können die Käufer ihre Aufwendungen aber als Anschaffungskosten steuerlich geltend machen. Der Umfang und die zeitliche Verteilung daraus resultierender Steuerausfälle hängen von der – noch festzuliegenden – Abschreibungsdauer und der Gewinnsituation der beteiligten Unternehmen ab. Bei einer Abschreibungsdauer von 10 Jahren könnten – bei einem unterstellten Körperschaftsteuersatz von 25%, wie in der Unternehmensteuerreform vorgesehen, und einer Gewerbesteuerbelastung von 16,6% – jährliche Steuerausfälle von bis zu 4 1/2 Mrd. DM entstehen; wird die Abschreibungsdauer dagegen wegen des hohen technischen Fortschritts im Kommunikationsbereich nur auf vier bis fünf Jahre festgesetzt, drohen sogar Ausfälle von bis zu 11 Mrd. DM pro Jahr.

Wolfgang Schaff, Tel.: 040/42834-345
schaff@hwwa.de

HWWA-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe



1990 = 100, auf US-Dollar-Basis.

HWWA-Index mit Untergruppen*	1999	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00	Feb. 00	März 00	April 00	Mai 00
Gesamtindex	80,5 (11,8)	95,5 (42,4)	98,2 (56,4)	99,3 (53,8)	103,3 (64,6)	104,2 (52,4)	94,9 (27,2)	104,3 (38,0)
Gesamtindex, ohne Energie	81,5 (-7,7)	82,7 (-0,7)	85,2 (2,9)	86,2 (4,2)	85,4 (5,2)	85,2 (6,5)	84,4 (5,6)	84,2 (4,6)
Nahrungs- und Genußmittel	94,2 (-18,7)	91,8 (-15,8)	93,3 (-13,8)	90,5 (-14,2)	87,5 (-12,9)	87,5 (-10,1)	87,6 (-8,1)	88,6 (-7,0)
Industrierohstoffe	77,2 (-2,2)	79,6 (6,8)	82,4 (11,1)	84,7 (13,0)	84,6 (13,5)	84,4 (13,9)	83,4 (11,5)	82,7 (9,6)
Agrarische Rohstoffe	78,6 (-0,9)	78,9 (5,7)	82,0 (8,3)	83,4 (7,3)	82,9 (5,9)	83,4 (7,3)	83,8 (8,7)	81,5 (5,1)
NE-Metalle	71,9 (1,0)	79,5 (17,6)	82,5 (27,7)	86,9 (37,0)	86,9 (37,3)	84,6 (33,4)	80,1 (19,2)	82,3 (19,2)
Energierohstoffe	79,9 (30,1)	103,8 (83,8)	106,7 (114,5)	107,8 (104,4)	115,0 (126,5)	116,5 (91,8)	101,7 (43,1)	117,4 (62,1)

* 1990 = 100, auf US-Dollar-Basis, Periodendurchschnitte; in Klammern: prozentuale Änderung gegenüber Vorjahr.

Für Nachfragen: Tel. (0 40) 42 83 43 58/320